

# newsletter\*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

---

## Inhaltsverzeichnis

- |    |   |    |   |
|----|---|----|---|
| 02 | Gesagt, Getan, Gerecht: Rentenpaket beschlossen           | 09 | Berufliche Bildung stärken                                    |
| 04 | Stromintensive Unternehmen weiterhin entlasten            | 10 | Wichtiges Etappenziel: Sukzessivadoption durch Lebenspartner  |
| 05 | Waffenhandel ist keine Wirtschaftspolitik                 | 11 | Endlagersuche beginnt bei Null - Kommission konstituiert sich |
| 06 | Bundestag feiert 65 Jahre Grundgesetz                     | 11 | KFOR-Mandat im Kosovo fortsetzen                              |
| 07 | Koalition will Anbau von Genmais verbieten                | 12 | Piraterie vor der Küste Somalias bekämpfen                    |
| 08 | Landwirtschaftsförderung stärker an Umweltauflagen binden | 13 | Bundestag debattiert Bericht des Petitionsausschusses         |

---

### IMPRESSUM

**HERAUSGEBERIN** SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,  
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

**REDAKTION UND TEXTE** JOHANNA AGCI, TERESA BÜCKER, GERO FISCHER, ANJA LINNEKUGEL  
**TELEFON** (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 23.05.2014 13.00 UHR

## TOP-THEMA

## Gesagt, Getan, Gerech: Rentenpaket beschlossen

Am 19. Mai haben sich die Spitzen der Koalitionsfraktionen über die strittigen Punkte beim Rentenpaket geeinigt. Heute hat der Deutsche Bundestag das Gesetz für Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (Drs. 18/909, 18/1489) – so der eigentliche Titel – in 2./3. Lesung beschlossen. Damit kann das Gesetz als erstes großes Vorhaben der Koalition wie geplant zum 1. Juli 2014 in Kraft treten.

### Gesagt: Vereinbart im Koalitionsvertrag

„Wir wollen, dass sich Lebensleistung und langjährige Beitragszahlung in der Rente auszahlt.“ So steht es im Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU. In ihm haben wir vereinbart, langjährig Beschäftigten einen um zwei Jahre früheren abschlagsfreien Rentenzugang zu ermöglichen und die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, stärker zu würdigen.

Außerdem hat sich die Koalition vorgenommen, die Zurechnungszeit bei der Erwerbsminderungsrente anzuheben und das Reha-Budget bedarfsgerecht unter Berücksichtigung des demografischen Wandels anzupassen.

### Getan: Gesetzliche Regelungen geschaffen

Mit dem so genannten Rentenpaket setzen wir die im Koalitionsvertrag vereinbarten Verbesserungen eins zu eins um. Das Gesetz zum Rentenpaket besteht aus vier Elementen:

**Früher abschlagsfrei in Rente gehen:** Versicherte, die besonders lange gearbeitet und 45 Jahre oder länger Pflichtbeiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben, sollen künftig zwei Jahre vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter abschlagsfrei in Rente gehen können. Freiwillige Beitragszeiten werden nur anerkannt, wenn zuvor 18 Jahre lang Pflichtbeiträge an die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt wurden. Auch hier gilt: Es müssen insgesamt 45 Beitragsjahre erreicht werden. Freiwillige Beiträge, die neben dem Bezug von Arbeitslosengeld entrichtet werden, bleiben unberücksichtigt, damit keine Brücke in die Frühverrentung geschaffen werden kann.

Für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vor 1953 geboren wurden und noch keine Rente beziehen, ist damit der abschlagsfreie Rentenzugang ab 63 möglich. Für jüngere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ergibt sich gemäß des stufenweisen Anstiegs des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ein abschlagsfreier Rentenzugang spätestens im Alter von 65 Jahren.

Zeiten vorübergehender Arbeitslosigkeit werden ebenso als Beitragszeiten angerechnet wie etwa Zeiten der Kindererziehung oder der Pflege Angehöriger. Um Missbrauch durch Frühverrentung auszuschließen, werden Zeiten des Arbeitslosengeldbezugs in den letzten zwei Jahren vor Beginn der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren nicht mehr mitgezählt. Eine Ausnahme besteht nur dann, wenn eine Insolvenz oder vollständige Geschäftsaufgabe des Arbeitgebers vorliegt.

Von der Neuregelung zur abschlagsfreien Rente ab 63 Jahren profitieren unmittelbar 200.000 Menschen. Sie können früher ohne Abzüge in Rente gehen.

**Die „Mütterrente“:** Mütter (oder Väter), die vor 1992 Kinder bekommen und erzogen haben, bekommen pro Kind zwei Jahre Erziehungszeit angerechnet (statt bisher einem). Damit erhöht sich ihre monatliche Rente um bis zu 28,61 Euro pro Kind, in den neuen Ländern um bis zu 26,39 Euro. Von der Neuregelung werden 9,5 Millionen Menschen profitieren.

Die „Mütterrente“ muss nicht beantragt werden. Diejenigen, die bereits eine Rente beziehen, erhalten den Zuschlag in Höhe eines Entgeltpunktes pro Kind automatisch. Dieser Prozess wird einige Zeit in Anspruch nehmen, so dass laut Auskunft der Rentenversicherungsträger die „Mütterrente“ frühestens im vierten Quartal 2014 zur Auszahlung kommt. Die Ansprüche ab Juli werden rückwirkend überwiesen. Bei einem späteren Rentenzugang erfolgt die Anrechnung der Kindererziehungszeit spätestens im Rahmen des Rentenantragsverfahrens.

**Mehr Erwerbsminderungsrente:** Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen oder wegen eines Unfalls nicht mehr erwerbstätig sein können, erhalten künftig eine höhere Erwerbsminderungsrente. Bisher wird die Leistung so berechnet, als hätte der oder die Betroffene bis zum vollendeten 60. Lebensjahr weiter gearbeitet und dabei den Durchschnitt der bislang erworbenen Rentenanwartschaften erzielt. Diese so genannte Zurechnungszeit wird künftig um zwei Jahre verlängert. Alle, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes erwerbsunfähig werden, erhalten dadurch eine höhere Erwerbsminderungsrente als nach der bisherigen Regelung.

Da bei vielen Erwerbsgeminderten gerade in den letzten Jahren der Erwerbstätigkeit oft lange Zeiten der Krankheit oder der Wechsel in Teilzeit ihr Durchschnittsgehalt absenken, werden die letzten vier Jahre vor der Rente so behandelt, dass sie den Wert der erweiterten Zurechnungszeit nicht mindern.

**Höheres Reha-Budget:** Die gesetzliche Rentenversicherung erbringt für ihre Versicherten Leistungen zur medizinischen und beruflichen Rehabilitation. Unter die medizinische Rehabilitation fallen z. B. Kuren, die dazu beitragen, den Gesundheitszustand von Versicherten zu verbessern, damit sie ihre Berufstätigkeit weiter ausüben können. Um solche Maßnahmen zu finanzieren, bekommen die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung Geld, das so genannte Reha-Budget. Dieses Budget wird nun erhöht, um 100 Millionen Euro in 2014. Der Erhöhungsbetrag steigt bis zum Jahr 2017 auf bis zu 233 Millionen Euro.

### **Gerecht: Lebensleistung besser honorieren**

Die gesetzliche Rentenversicherung ist die zentrale Säule der Alterssicherung in Deutschland. Sie ist Lohn für Lebensleistung. Das Rentenpaket ist ein Beitrag für mehr Gerechtigkeit im Rentensystem, in dem die Lebensleistungen von Menschen besser anerkannt werden, die mit Arbeit und Anstrengung die Rente der Generation vor ihnen aufgebracht, die heutigen Beitragszahler großgezogen und zum Wohlstand unseres Landes beigetragen haben.

Wer sich ein Leben lang im Beruf angestrengt hat, hat einen früheren, abschlagsfreien Renteneintritt verdient. Wer Kinder in einer Zeit großgezogen hat, als Betreuungsplätze noch Mangelware und Beruf und Familie nur schwer vereinbar waren, bekommt mit der „Mütterrente“ mehr Anerkennung der erbrachten Erziehungsleistung. Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr die Leistung erbringen kann, die er möchte, ist auf die Solidarität der Gemeinschaft angewiesen – damit Krankheit nicht zu Armut führt. Und wer gesundheitlich beeinträchtigt ist, hat Anspruch auf Rehabilitation, damit es gar nicht erst zur Berufsunfähigkeit kommt.

Das Rentenpaket ist solide finanziert. Der Beitragssatz bleibt stabil. Ab 2019 wird es einen zusätzlichen Bundeszuschuss aus Steuermitteln an die gesetzliche Rentenversicherung geben.

Die Maßnahmen sind Teil einer Politik, die alle Generationen gleichermaßen in den Blick nimmt: Kinder und Jugendliche brauchen beste Bildungschancen. Deswegen investieren wir zusätzliches Geld in Kitas, Bildung und Hochschulen. Beschäftigte müssen von ihrer Arbeit leben können. Deshalb führen wir den Mindestlohn ein, stärken die Tarifbindung und sorgen für mehr Chancen und gleiche Bezahlung von Frauen im Beruf. Mit dem Rentenpaket verbessern wir das Leben der Menschen, die Jahrzehnte lang hart gearbeitet haben.

## Wirtschaft und Energie

# Stromintensive Unternehmen weiterhin entlasten

Die von der Koalition beschlossene Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist ein wichtiger Baustein für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Ziel der Reform ist es, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung in Deutschland stetig auszubauen. Dabei soll die Kostendynamik der vergangenen Jahre durchbrochen werden, um den Anstieg der Stromkosten für die Verbaucher zu begrenzen. Dies ist vor allem für industrielle Stromverbraucher, die im internationalen Wettbewerb stehen, von großer wirtschaftlicher Bedeutung: Denn für sie sind die Strompreise ein entscheidender Wettbewerbsfaktor.

Am 23. Mai hat der Deutsche Bundestag in 1. Lesung den Entwurf eines Gesetzes der Koalitionsfraktionen zur Reform der Besonderen Ausgleichsregelung für stromkosten- und handelsintensive Unternehmen (Drs. 18/1449) beraten. Bereits am 8. Mai befasste sich das Parlament in 1. Lesung mit dem Gesetzentwurf zur EEG-Reform (Drs.18/1304). Im Laufe der parlamentarischen Beratung sollen beide Gesetzentwürfe zusammengeführt werden.

### Die bisherige Besondere Ausgleichsregelung

Damit die Unternehmen im internationalen Wettbewerb bestehen können, sieht die Besondere Ausgleichsregelung für die stromintensive Industrie, bisher eine Begrenzung der Belastung durch die EEG-Umlage vor. Diese Begünstigung erhalten Unternehmen aktuell, wenn der Anteil der Stromkosten mindestens 14 Prozent ihrer Bruttowertschöpfung aufweist. Begünstigte Unternehmen, die mehr als 100 Gigawatt pro Jahr verbrauchen, bezahlen 0,05 Cent pro Killowattstunde. Die bisherige Regelung der Begünstigung wird nun nach langen und konstruktiven Gesprächen mit der EU-Kommission europarechtskonform weiterentwickelt.

### Die Reform der Besonderen Ausgleichsregelung

Der Gesetzentwurf zur Reform der Besonderen Ausgleichsregelung sieht unter Berücksichtigung der neuen Energie- und Umweltbeihilfeleitlinien der EU-Kommission eine Lösung vor, die es stromintensiven Industrieunternehmen erlaubt, auch künftig in Deutschland wettbewerbsfähig zu produzieren. Gleichzeitig wird die Entlastung stärker auf wirklich energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, konzentriert.

### Wer wird künftig begünstigt?

Antragsberechtigt für die Begünstigungen sollen künftig Unternehmen aus insgesamt 68 Branchen sein, die in den Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien der EU-Kommission als stromkosten- und handelsintensiv eingestuft werden. Der Anteil der Stromkosten an ihrer Bruttowertschöpfung muss mindestens 16 Prozent (ab 2015: 17 Prozent) betragen. Daneben können im Einzelfall auch besonders stromintensive Unternehmen anderer Branchen begünstigt werden. Der Anteil der Stromkosten an ihrer Bruttowertschöpfung muss mindestens 20 Prozent betragen.

### Wie fällt die Begünstigung aus?

Alle begünstigten Unternehmen zahlen grundsätzlich 15 Prozent der EEG-Umlage. Sie zahlen zunächst für die erste Gigawattstunde die volle EEG-Umlage und für alle weiteren Kilowattstunden mindestens 0,1 Cent. Diese Mindestumlage soll den Grundbeitrag der begünstigten Unternehmen für das EEG-Konto sicherstellen. Die Belastung wird allerdings bei sehr hoher Stromkostenintensität auf 4 bzw. 0,5 Prozent der Bruttowertschöpfung des Unternehmens begrenzt.

### **Übergangs- und Härtefallregelungen**

Um Verwerfungen bei Unternehmen, die von der Neuregelung stärker als bisher belastet werden, zu vermeiden, erfolgt eine schrittweise Erhöhung der Belastung: Bis zum Jahr 2019 darf sich die EEG-Umlage, die ein Unternehmen zahlen muss von Jahr zu Jahr höchstens verdoppeln.

Die Systemumstellung wird durch weitere Übergangsregelungen für alle Unternehmen erleichtert. So wird die Antragsfrist in diesem Jahr auf den 30. September 2014 verlängert. Unternehmen, die im Jahr 2014 in der Besonderen Ausgleichsregelung begünstigt sind, künftig aber nicht mehr antragsberechtigt sein werden, zahlen ab 2015 für die erste Gigawattstunde die volle EEG-Umlage und danach 20 Prozent der Umlage. Diese Regelung soll Härtefälle im Zuge der Systemumstellung vermeiden. Sie wird nicht befristet.

### **Industriearbeitsplätze in Deutschland sichern**

Insgesamt soll die Entlastung der Industrie künftig in etwa auf dem gegenwärtigen Niveau beibehalten werden. Dadurch können mehrere hunderttausend Industriearbeitsplätze in Deutschland gesichert werden. Nur wenn Deutschland ein wettbewerbsfähiger Wirtschafts- und Industriestandort bleibt, kann die Energiewende nachhaltig erfolgreich sein.

## **Waffenhandel ist keine Wirtschaftspolitik**

In einer Aktuellen Stunde hat der Bundestag am Donnerstag über die Genehmigung von Rüstungsexporten diskutiert. Die SPD-Fraktion steht bei dem Thema für eine strengere Genehmigungspraxis und mehr Transparenz.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist Waffenhandel kein Mittel der Wirtschaftspolitik. Deshalb will die Große Koalition den Export von Kriegswaffen in Zukunft restriktiver handhaben. Auf Bestreben der SPD-Fraktion wird die Bundesregierung das Parlament und die Öffentlichkeit zudem künftig so transparent über Rüstungsexporte unterrichten wie noch keine Regierung zuvor. Konkret bedeutet das: 14 Tage nach der Erteilung einer Exportgenehmigung wird der Bundestag darüber informiert.

### **Weniger Exporte, mehr Transparenz**

„Wir wollen Rüstungsexporte nicht verbieten, aber restriktiver entscheiden, wohin exportiert werden kann und wohin nicht“, sagte SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil in der aktuellen Stunde. Deshalb werde es künftig weniger Rüstungsexporte geben. Heil mahnte aber auch die Fähigkeit zur Differenzierung an: „Es ist ein Unterschied, ob Panzer oder Patrouillenboote exportiert werden.“ Die Koalition werde dafür sorgen, dass Waffen nicht in Länder ausgeführt werden, in denen sie zur Unterdrückung der Bevölkerung dienen.

Anlass für die Aktuelle Stunde war, dass das Wirtschaftsministerium zwischen Januar und April 2014 Rüstungsexporte in so genannte Drittstaaten – also Staaten, die weder der EU noch der NATO angehören – bewilligt hat. Überwiegend beruhen diese Genehmigungen jedoch auf Entscheidungen der Vorgängerregierung. Sie sind zum Großteil rechtlich verbindlich: So handelt es sich etwa bei der größten Einzelposition (191 Mio. Euro) um eine Bundeswehrabgabe nach Singapur auf Basis eines bereits abgeschlossenen völkerrechtlichen Vertrags. „Aus völkerrechtlichen Verträgen kann man nicht so einfach aussteigen“, sagte Hubertus Heil.

### **Sehr strenge Maßstäbe**

Die SPD-Fraktion werde künftig darauf achten, dass die Exportrichtlinien eingehalten werden, sagte der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Rainer Arnold. Klar sei aber auch: Die Mehrheit der Deutschen wolle Streitkräfte, die gut ausgestattet seien. Dafür brauche es Rüstungsunternehmen in Deutschland. Vor allem bei der Sicherheitstechnik dürfe Deutschland nicht noch abhängiger von den Vereinigten Staaten werden.

„Die Bundesregierung legt bei Exporten in Drittstaaten sehr strenge Maßstäbe an“, sagte Iris Gleicke, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium. Rüstungsexporte würden nur genehmigt, wenn außen- und sicherheitspolitische Interessen bestünden. Dabei werde das Parlament stets rechtzeitig informiert: „Wir meinen es Ernst mit der Transparenz und legen alles offen“, sagte Gleicke.

## PARLAMENT

### Bundestag feiert 65 Jahre Grundgesetz

Der Bundestag hat an diesem Freitag in einer Gedenkstunde an das vor 65 Jahren in Kraft getretene Grundgesetz erinnert. Es mache den Staat zum Diener der Menschen, sagte der Schriftsteller Navid Kermani in seiner Festrede.

Genau vor 65 Jahren, am 23. Mai 1949, ist das Grundgesetz in Kraft getreten. Mit ihm hat der Parlamentarische Rat die Grundlage für die Entwicklung von Demokratie und Freiheit in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg gelegt. Ursprünglich nur als Übergangsverfassung geplant, bildet es bis heute die politische Ordnung der Bundesrepublik und hat die Wiedervereinigung und die europäische Integration ermöglicht. Weltweit gilt das Grundgesetz als Musterbeispiel einer demokratischen Verfassung und dient vielen Ländern als Inspiration für die eigene Verfassungsgebung.

Ein 65. Geburtstag sei weder für Menschen noch für Staaten etwas ungewöhnliches, sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert zur Eröffnung der Feierstunde. Für die Geschichte der deutschen Demokratie seien 65 Jahre aber ein beachtlicher Zeitraum. „Das Grundgesetz gehört zu den besonderen Glücksfällen der deutschen Geschichte“, sagte Lammert. Vor allem wegen seiner Fähigkeit, auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren, nicht zuletzt bei der Wiedervereinigung.

#### „Ein bemerkenswert schöner Text“

Die Festrede hielt der Schriftsteller Navid Kermani. Der 47-jährige Orientalist ist im westfälischen Siegen geboren und als Sohn iranischer Einwanderer zweisprachig aufgewachsen. „Das Grundgesetz macht den Staat zum Diener der Menschen“, sagte Kermani. Es sei ein bemerkenswert schöner Text, der im deutschen Sprachraum von seiner Bedeutung her nur mit der Lutherbibel vergleichbar sei. Kermani erinnerte daran, dass das Grundgesetz unsere heutige Wirklichkeit erst geschaffen habe. Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Meinungs- und Religionsfreiheit, Freizügigkeit – all das seien 1949 eher Bekenntnisse gewesen, als dass sie die Wirklichkeit beschrieben hätten. „Wir können froh sein, dass es 1949 Politiker gab, die ihr Handeln nach Überzeugungen ausgerichtet haben und nicht nach Umfragen.“ Gleichzeitig mahnte Kermani einen vorsichtigeren Umgang mit Änderungen des Grundgesetzes an: „Wir können das Grundgesetz nicht feiern, ohne an die Verstümmelungen zu erinnern, die es in den letzten Jahrzehnten erfahren hat.“ Denn nur wenige Eingriffe hätten dem Ursprungstext gut getan. Als Beleg für die Wirkung des Grundgesetzes wertete Kermani auch die Tatsache, dass er selbst als „nicht nur Deutscher“ und Angehöriger einer Religionsminderheit die Festrede halte. „Es gibt nicht viele Staaten auf der Welt, in denen so etwas möglich wäre.“

#### Die beste Verfassung

Das Grundgesetz sei die beste Verfassung, die es in Deutschland je gegeben habe, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann. „Es hat uns nach dem Nationalsozialismus ein Leben in Frieden und Freiheit gesichert, die Wiedervereinigung ermöglicht und eine geglückte Demokratie beschert.“ Das Grundgesetz lasse gesellschaftliche Veränderung nicht nur zu, sondern habe selbst eine gesellschaftsverändernde Kraft. Als Beispiele nannte Oppermann die

Urteile des Bundesverfassungsgerichts zur Gleichberechtigung der Frauen, der Rechte von Homosexuellen und der Meinungsfreiheit. Für die kommenden Jahre sieht der SPD-Fraktionschef auch in Bezug auf das Grundgesetz drei große Herausforderungen: Die Gestaltung Deutschlands als Einwanderungsland, den Schutz der digitalen Grundrechte und die Vertiefung der Europäischen Union. Dabei ist Oppermann sich sicher: „Das Grundgesetz wird uns am Ende die europäische Einheit ermöglichen.“

## LANDWIRTSCHAFT

### **Koalition will Anbau von Genmais verbieten**

Der Bundestag hat in namentlicher Abstimmung einen Antrag der Koalitionsfraktionen (Drs.18/1450) beschlossen, mit dem der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Deutschland verhindert werden soll.

Mit ihrem gemeinsamen Antrag sprechen sich die Fraktionen von CDU/CSU und SPD klar gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Deutschland aus. Die EU-Mitgliedstaaten sollen demnach künftig selbst über den Anbau von Genpflanzen entscheiden. Aktuell geht es dabei vor allem um das Thema Genmais: Die EU wird voraussichtlich bald die gentechnisch veränderte Maissorte 1507 zulassen. Deutschland hatte sich Anfang des Jahres bei der Abstimmung im EU-Ministerrat enthalten, weil es innerhalb des Kabinetts unterschiedliche Auffassungen gab. Die SPD- und CSU-geführten Ressorts waren für ein EU-weites Verbot, die CDU-Ministerien nicht.

„Dass wir auf dieser Grundlage den vorliegenden Antrag erarbeitet haben, ist ein großer Erfolg für die SPD-Fraktion“, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ute Vogt. Nun stimme auch die Unionsfraktion einem nationalen Verbot zu.

#### **Nationalen Ausstieg ermöglichen**

In dem Antrag fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für die Einführung einer nationalen Ausstiegsklausel (Opt-Out) einzusetzen. Damit könnten die EU-Mitgliedsstaaten den Anbau von Genpflanzen national verbieten – trotz einer europaweiten Zulassung. Wichtig dabei: Der Ausstieg soll für die Mitgliedsstaaten jederzeit und ohne die Angabe von Gründen möglich sein.

Für die SPD-Fraktion seien das unverzichtbare Bedingungen, sagte Elvira Drobinski-Weiß, stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft, im Bundestag. „Mit diesem Antrag verbessern wir die nationalen Möglichkeiten zum Ausstieg aus dem Anbau entscheidend.“

Derzeit können Mitgliedsstaaten nur in einem komplizierten Verfahren, nach Vorlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse aus dem Anbau aussteigen. „Mit der Ausstiegsklausel sichern wir die Souveränität des Parlaments“, sagte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Matthias Miersch. Ein nationales Parlament müsse jederzeit aus dem Anbau von Genpflanzen aussteigen können, zum Beispiel nach einem Regierungswechsel.

#### **Sorgen der Menschen ernst nehmen**

Laut Antrag müssen zudem diejenigen Staaten, die sich für den Anbau entscheiden, dafür sorgen, dass sich die Pflanzen nicht über Ländergrenzen hinweg ausbreiten. Nach Beschluss der europäischen Regelung soll die Bundesregierung ein Anbauverbot in Deutschland umgehend umsetzen. Damit dürfte auch die Maissorte 1507 nicht in Deutschland angebaut werden.

Klar ist: Die Bürgerinnen und Bürger wollen hierzulande keinen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen. Weit über 80 Prozent der Deutschen lehnen ihn laut Umfragen ab. Das dürfe nicht ohne Folgen bleiben, sagt Ute Vogt. „Wir nehmen die Sorgen und Vorbehalte der Menschen ernst.“

## Landwirtschaftsförderung stärker an Umweltauflagen binden

Die Reform der Agrarpolitik der Europäischen Union wird in nationales Recht umgesetzt. Dazu hat der Deutsche Bundestag am 22. Mai in 2./3. Lesung den Regierungsentwurf eines Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes (Drs. 18/908, 18/1418) beschlossen.

Das Gesetz regelt das System der Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe im Rahmen der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab dem Jahr 2015 neu. Die GAP zählt mit 60 Milliarden Euro pro Jahr neben der Struktur- und Wirtschaftsförderung zum bedeutendsten Etat der EU. Auf Deutschland entfallen jährlich rund fünf Milliarden Euro EU-Agrarförderung im Bereich der Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe, um einen finanziellen Ausgleich für höhere Umweltschutz-, Tierschutz- und Verbraucherschutzstandards in der EU zu schaffen.

### 30 Prozent der Direktzahlungen werden gegen Umweltauflagen bezahlt

Die im Jahr 2013 auf EU-Ebene beschlossene GAP-Reform hat das Ziel, dass die Direktzahlungen stärker an Umweltleistungen durch die Landwirte gebunden werden. Landwirte sollen demnach 30 Prozent der Direktzahlungsmittel nur dann erhalten, wenn sie Leistungen wie den Erhalt von Wiesen (Dauergrünland), den Anbau vielfältiger Feldfrüchte sowie die Einrichtung von ökologischen Vorrangflächen erbringen. Der Erhalt von Dauergrünland und die ökologischen Vorrangflächen gelten dabei als wichtige Klimaschutzwirksame Maßnahmen. Die engere Kopplung der Direktzahlungen an Umweltauflagen ist ein Schritt in die Richtung „öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“, heißt es im Gesetzentwurf.

### Zusätzliche Mittel für die Entwicklung ländlicher Räume

Zudem sollen für die Jahre 2015 bis 2019 insgesamt 4,5 Prozent der jährlichen nationalen Obergrenze für die Direktzahlungen als Förderung für die Entwicklung ländlicher Räume genutzt werden. Diese Mittel betragen für den Zeitraum über eine Milliarde Euro. Die Festlegungen gelten für den mehrjährigen Finanzrahmen der EU ab 2015.

### Was hat der Bundestag im Rahmen der Gesetzesberatung geändert?

Die Grünlandflächen in FFH-Gebieten (Flora-Fauna-Habitat-Gebiete) sind umweltsensibel und dürfen nicht umgebrochen oder gepflügt werden. FFH Gebiete sind Gebiete, die für das europäische Schutzgebietssystem "Natura 2000" ausgewählt wurden. Außerhalb dieser Gebiete darf Grünland nur mit Genehmigung umgewandelt werden und muss als Kompensation an anderer Stelle wieder entstehen. Das ist ein Riesensfortschritt für den Schutz von Grünlandflächen.

Die Bundesregierung kann in Verordnungen festlegen, welche Flächen als ökologische Vorrangflächen anzusehen sind. Ökologische Vorrangflächen dürfen bewirtschaftet werden. Nähere Regelungen treffen das Bundesumweltministerium, das Bundesagrarministerium gemeinsam mit den Bundesländern.



## BILDUNG

### Berufliche Bildung stärken

Berufliche Bildung ist ein Schwerpunkt des Koalitionsvertrags von SPD und Union. Der Antrag, den die Koalitionsfraktionen am 22. Mai in den Bundestag einbrachten, untermauert diesen Schwerpunkt. Chancen von jungen Menschen sollen so gestärkt und der Fachkräftemangel bekämpft werden.

Berufliche Bildung ist ein Schwerpunkt des Koalitionsvertrags zwischen SPD und Union. Der Antrag zur beruflichen Bildung (Drs. 18/1180), den die Koalitionsfraktionen heute in den Bundestag einbrachten, untermauert diesen Schwerpunkt. Der Antrag fordert die Bundesregierung dazu auf, sich für eine noch höhere Durchlässigkeit im Bildungssystem und die Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung einzusetzen. Der nationale Ausbildungspakt soll ab 2015 fortgesetzt und mit den Sozialpartnern eine Ausbildungsgarantie umgesetzt werden. Denn alle an der Ausbildung Beteiligten – Bund, Länder, Sozialpartner, Berufsschulen – müssen im Sinne der Jugendlichen und zur Bewältigung des Fachkräftemangels ihrer Verantwortung gerecht werden und kooperativ zusammenwirken.

Deutschland schneidet im Bereich der beruflichen Bildung im internationalen Bereich gut ab. Dennoch steht das duale System vor Herausforderungen, die sich auch im Berufsbildungsbericht wiederfinden. So gibt es unter anderem Matching-Probleme zwischen der hohen Anzahl Ausbildungssuchender und den vorhandenen Ausbildungsplätzen, niedrige Quoten von AusbildungsanfängerInnen mit Zuwanderungshintergrund und eine grundsätzlich niedrige Ausbildungsquote von etwa 20 Prozent aller Betriebe.

Die Berufsausbildung müsse an Veränderungen in der Arbeitswelt, Auswirkungen der Demografie und gewandelte Strukturen im Bildungsprozess angepasst werden, fordern die Abgeordneten in ihrem Antrag. Es werde wichtiger, die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung wertzuschätzen und mit Substanz zu füllen. Beide Bildungswege müssten jungen Menschen interessante Perspektiven eröffnen.

#### Beratungsmöglichkeiten ausbauen

Der Antrag von SPD und Union zielt auch darauf ab, Jugendliche und Weiterbildungswillige künftig noch besser zu beraten. Lokal verankerte Netzwerke von Beratungs- und Informationsangeboten sollen dies leisten können. Sogenannte Bildungsketten sollen ausgebaut werden: Junge Menschen sollen möglichst früh ihre Potenziale erkennen und durch eine gezielte Berufsorientierung den Übergang in Ausbildung meistern können. Rainer Spiering von der SPD-Fraktion sagte in der Bundestagsdebatte, dass es kein Scheitern sei, wenn Studierende erkennen würden, dass das Studium nicht das Richtige für sie sei. In solchen Fällen müsste es jedoch bessere Beratung geben, um jungen Menschen ihre anderen Chancen auf eine berufliche Bildung aufzuzeigen.

Junge Menschen mit Behinderungen sollen besser in Ausbildung integriert und unterstützt werden. Die Berufseinstiegsbegleitung und die assistierte Ausbildung für Jugendliche mit schlechteren Startchancen soll ebenfalls verbessert werden. Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration und SPD-Abgeordnete Aydan Özoğuz verwies in ihrer Rede im Bundestag auf die schlechteren Chancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die diese schon in der Bewerbungsphase trotz gleicher Qualifikation hätten. Ausländisch klingende Namen führten noch immer zu Diskriminierung bei Einladungen zu Auswahlgesprächen. Özoğuz kündigte an, dass der Integrationsgipfel in diesem Jahr das Schwerpunktthema Ausbildung haben wird.

Zudem soll das Berufsbildungsgesetz evaluiert werden. Ziele für eine Weiterentwicklung des Gesetzes sind u. a. die Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen beruflichen und

hochschulischen Bildungswegen, die Stärkung der Ausbildungsqualität und gestufter Ausbildungen, die Bildung von Berufsfamilien, sowie die Sicherung des bürgerschaftlichen Engagements in den Prüfungsgremien.

Ernst Dieter Rossmann, Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Fraktion, betonte in seiner Rede die Rolle der Weiterbildung für die Fachkräfteoffensive. Rossmann plädiert neben einem Recht auf Erstausbildung für ein Recht auf Weiterbildung. Ein Recht auf drei Jahre berufliche Weiterbildung machten bei einer Berufsbiografie zudem nur zwei Wochen im Jahr aus, erklärte er seine Idee.

## GLEICHSTELLUNG

### **Wichtiges Etappenziel: Sukzessivadoption durch Lebenspartner**

Das Bundesverfassungsgericht hat am 19. Februar 2013 entschieden, dass das Verbot der so genannten Sukzessivadoption durch eingetragene Lebenspartner oder -partnerinnen nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Das Gericht hat dem Gesetzgeber aufgegeben bis zum 30. Juni 2014 eine Neuregelung zu schaffen. Die SPD-Fraktion hat sich dafür eingesetzt, dass die Gesetzesanpassung schnell umgesetzt wird.

Am 21. Mai hat der Deutsche Bundestag den Gesetzentwurf der Regierung zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption durch Lebenspartner (Drs. 18/841, 18/1488) in 2./3. Lesung beschlossen. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass eingetragene Lebenspartner und Lebenspartnerinnen die von ihrem Partner bzw. ihrer Partnerin adoptierten Kinder adoptieren können – die so genannte Sukzessivadoption. Dazu werden das materielle Adoptionsrecht und das Verfahrensrecht entsprechend angepasst.

Bisher ist die Sukzessivadoption nur Ehegatten gestattet. Das Bundesverfassungsgericht hatte klargestellt, dass der Ausschluss der Sukzessivadoption von Kindern durch Lebenspartner die betroffenen Kinder in ihrem Recht auf Gleichbehandlung verletze.

Für die SPD-Fraktion ist die Sukzessivadoption durch homosexuelle Lebenspartner ein wichtiges Etappenziel auf dem Weg zur vollständigen Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften in allen Rechtsbereichen. Dieses Ziel verfolgt die SPD-Fraktion bereits seit langem. Dazu gehört auch das volle Adoptionsrecht für lesbische und schwule Lebenspartnerschaften. Für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist das Kindeswohl das entscheidende Kriterium bei der Auswahl geeigneter Adoptiveltern und nicht die sexuelle Orientierung der Eltern.

Bei einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz am 5. Mai 2014 sprach sie auch eine deutliche Mehrheit der Sachverständigen, wie zuvor der Bundesrat, für eine rechtliche Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften aus. Dafür gibt es in der Koalition mit der Union jedoch keine Mehrheit.

Die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule bleibt das Ziel der SPD-Bundestagsfraktion. Damit wären alle noch bestehenden rechtlichen Ungleichbehandlungen beseitigt. Dem stimmt übrigens auch die Mehrheit der Menschen in unserem Land zu.

**UMWELT**

## Endlagersuche beginnt bei Null - Kommission konstituiert sich

Am Donnerstag hat sich die Kommission zur „Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ konstituiert. Sie hat die Aufgabe, das Standortauswahlgesetz, das die Grundlage für das Auswahlverfahren bildet, zu evaluieren. Zudem sollen gesellschaftspolitische und wissenschaftlich-technische Fragestellungen zur Endlagersuche erörtert werden. Damit wird die Endlagerfrage in Deutschland nicht länger nur um Gorleben diskutiert, sondern bundesweit.

Der Deutsche Bundestag hat mit der Konstituierung der Endlager-Kommission Neuland betreten. Die 16 Vertreter der Politik nehmen sich zurück. Denn die Endlagerkommission ist ein Gremium der Zivilgesellschaft. Stimmrecht haben nur die acht Wissenschaftler und die acht Vertreter der Verbände und gesellschaftlichen Gruppen. Das ist einmalig in der Geschichte des Bundestages.

Per Gesetz hat die Kommission rund zwei Jahre Zeit, um wichtige Fragen zu klären – unter anderem: Welche Endlager-Medien sind geeignet: Salz, Ton, Granit oder etwa alle? Soll der hochradioaktive Abfall rückholbar, oder für alle Zeiten verschlossen gelagert werden?

"Mit der Konstituierung geht die Endlagerfrage zurück auf Null" erklären SPD-Fraktionsvizein Ute Vogt und der umweltpolitische Sprecher Matthias Miersch. Die Region um Gorleben hat bei der Suche nach einem Standort den gleichen Status wie andere mögliche Regionen – nämlich gar keinen. Die Kommission hat den Auftrag, die Weichen zu stellen für ein faires und transparentes Suchverfahren. Am Ende der Suche soll das bestmögliche Endlager stehen.

Die SPD-Bundestagsfraktion entsendet vier Mitglieder in die Endlager-Kommission: Matthias Miersch und Ute Vogt (ordentliche Mitglieder) sowie Hiltrut Lotze und Carsten Träger (stellvertretende Mitglieder).

**AUSSENPOLITIK**

## KFOR-Mandat im Kosovo fortsetzen

Seit 1999 sichert die von der NATO geführte internationale Sicherheitspräsenz in Kosovo (KFOR) das Staatsgebiet der Republik Kosovo. An dem Einsatz sind seit Beginn an auch deutsche Soldatinnen und Soldaten beteiligt. Auch wenn sich die Sicherheitslage in der Region in den vergangenen Jahren verbessert hat, bleibt sie doch angespannt. Das Mandat soll daher erneut verlängert werden. Die Bundesregierung bringt dazu einen Antrag ein, der jetzt in erster Lesung vom Deutschen Bundestag beraten wurde.

Die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo haben sich in den vergangenen Jahren immer weiter verbessert. So wurde im April 2013 von beiden Seiten eine sogenannte Normalisierungsvereinbarung verabschiedet. Mit dieser Vereinbarung haben die beiden Republiken einen wichtigen Schritt getan, um ihr Verhältnis zu normalisieren. Damit steigen auch die Chancen, dass mittelfristig auf die Entsendung von Soldatinnen und Soldaten in den Kosovo verzichtet werden kann.

Zum aktuellen Zeitpunkt ist jedoch eine Fortführung des Einsatzes nötig. Vor allem im kosovo-serbisch geprägten Norden des Kosovo ist das Konflikt- und Eskalationspotenzial nach wie vor hoch; Rückschläge sind hier nicht auszuschließen bzw. kommen immer wieder vor. Um die

gesamte Region langfristig zu stabilisieren ist der KFOR-Einsatz demnach weiterhin folgerichtig. So sieht es im Übrigen auch die Republik Kosovo selber, die sich ebenfalls eine Fortführung des Mandats wünscht. Diesem Wunsch entspricht auch der Antrag der Bundesregierung (Drs. 18/1415), der am Donnerstag in erster Lesung im Bundestag beraten wurde. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt den Antrag der Regierung. Solange KFOR zur Absicherung von Frieden und Stabilität im Kosovo gebraucht wird, ist der Einsatz aus Sicht der Fraktion sinnvoll.

Im Detail sieht der Antrag die Verlängerung des Mandats um ein weiteres Jahr vor. Die Aufgabe der deutschen Soldatinnen und Soldaten vor Ort soll auch zukünftig vornehmlich darin bestehen, die Sicherheitslage im Kosovo zu stabilisieren. Außerdem ist es Aufgabe der Bundeswehr sich im Rahmen des Einsatzes am Aufbau einer, den rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichteten Polizei sowie einheimischer Sicherheitskräfte aktiv zu beteiligen. Die Personalobergrenze soll unverändert bei 1850 Soldatinnen und Soldaten liegen, auch um auf mögliche Lageänderungen reagieren zu können.

## **Piraterie vor der Küste Somalias bekämpfen**

Seit 2008 beteiligt sich Deutschland an der EU-geführten Operation ATALANTA vor der Küste Somalias. Die Bundesregierung beantragt nun, dass dieser Einsatz der deutschen Bundeswehr bis in das Jahr 2015 verlängert wird, um die Region weiterhin langfristig zu stabilisieren. Der Antrag wurde vom Deutschen Bundestag in dieser Woche abschließend beraten und mit den Stimmen der SPD-Fraktion verabschiedet.

An der EU-Operation ATALANTA beteiligt sich Deutschland mit bewaffneten Streitkräften an der Bekämpfung von Piraterie vor der Küsten Somalias. Seither ist der Golf von Aden erheblich sicherer geworden, die Angriffe von Piraten befanden sich im Jahr 2013 gegenüber den Vorjahren auf einem Tiefstand. Durch die Stabilisierung der Küstenregion wird der Zugang von benötigten Hilfsgütern und Nahrungsmitteln nach Somalia gewährleistet und internationale Schifffahrtsrouten am Horn von Afrika gesichert. Die Bekämpfung der Piraterie sorgt außerdem dafür, dass auch wichtige Geldquellen für die Terrorismusfinanzierung trockengelegt werden. Trotz der Erfolge, kann die Bedrohung durch Piraten nur durch eine langfristige Stabilisierung der Verhältnisse in Somalia beseitigt werden. Dazu beteiligt sich die Bundesregierung substantiell am Aufbau der Institutionen und unterstützt den politischen Prozess.

Der vorliegende Antrag der Bundesregierung (Drs. 18/1282) sieht vor, die Beteiligung an der Mission inhaltlich gleich fortzusetzen, aber die personelle Obergrenze von 1400 auf 1200 Soldatinnen und Soldaten zu reduzieren. Voraussetzung für die Beteiligung sind ein Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie eine Fortsetzung des EU-Mandats. Region weitreichend stabilisieren

Die somalische Übergangsregierung wird die von ihrem Staatsgebiet ausgehende Piraterie auf absehbare Zeit nicht wirksam bekämpfen können. Um zur weiteren Stabilisierung des Landes beizutragen, stimmte die SPD-Fraktion dem Antrag der Bundesregierung zu. Zusätzlich ist es der Fraktion wichtig, dass sich die Bundesregierung auch auf europäischer Ebene dafür einsetzt, die weiteren bestehenden politischen Instrumente in der gesamten Region Ostafrika zu bündeln und in einer Gesamtstrategie zusammenzubringen, so dass dieser Teil Afrikas dauerhaft stabilisiert wird.

## PETITIONEN

## Bundestag debattiert Bericht des Petitionsausschusses

Am 22. Mai hat der Deutsche Bundestag den Bericht des Petitionsausschusses für das Jahr 2013 debattiert (Drs.18/300). Insgesamt erreichten 14.800 Petitionen den Ausschuss. Die Themen waren unter anderem Netzneutralität, die Steuerfreiheit von für den Eigengebrauch produziertem Bier und das Wahlrecht für Menschen mit Behinderungen.

Mehr als 6.650 Eingaben gingen über das Web-Petitionsportal [www.epetitionen.bundestag.de](http://www.epetitionen.bundestag.de) ein. Damit erreicht der Anteil der digitalen Petitionen mit 45 Prozent erneut einen Spitzenwert. Insgesamt sind mittlerweile 1,6 Millionen Nutzer auf dem Web-Petitionsportal registriert. Es ist damit das erfolgreichste Internetangebot des Deutschen Bundestages. Dieses Angebot entstand auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion im Jahr 2005.

Das Jahr 2013 war für den Petitionsausschuss ein ungewöhnliches Jahr. Die letzte Sitzung des Petitionsausschusses im Jahr 2013 fand aufgrund der Bundestagswahl und der notwendigen Neuordnung des Bundestages am 03. September statt. Der Sprecher der Arbeitsgruppe Petitionen der SPD-Bundestagsfraktion, Stefan Schwartze, machte in der Debatte deutlich, dass dies nicht dem Petitionswesen entspreche, wie es sich seine Fraktion vorstelle. Hier müsse im Interesse der Bürgerinnen und Bürger eine Lösung geschaffen werden, damit die Petitionen ohne Unterbrechung bearbeitet werden können. Dazu liegt auch bereits eine Petition eines Bürgers vor.

Den Großteil der Arbeit des Petitionsausschusses macht die Bearbeitung von persönlichen Bitten und Beschwerden aus. Beispielhaft sind zu nennen:

- Überprüfung der Rentenberechnung,
- Überprüfung des abgelehnten Rollstuhls,
- Bitte um die Vergabe des Besuchvisums für Familienangehörige.

Öffentliche Petitionen und öffentliche Beratungen machen aus dem Petitionsrecht aber auch ein Mittel der direkten Demokratie. Nur der Petitionsausschuss ermöglicht, Themen aus der Bevölkerung heraus direkt beim Bundestag zu platzieren. Im Jahr 2013 brachte der Petitionsausschuss zum Beispiel das Thema der Netzneutralität in die Bundestagsberatungen hinein.

Die meisten Zuschriften gingen 2013 zum Arbeitsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ein (21 Prozent). Es folgten die Bereiche des Bundesministerium der Justiz (13 Prozent), des Bundesministeriums des Inneren (12 Prozent) und des Bundesministeriums der Finanzen (11 Prozent). Die meisten Petitionen kamen aus Nordrhein-Westfalen, die wenigsten aus Bremen und dem Saarland. Nach einer „Pro-Kopf-Umrechnung“ liegen die Berlinerinnen und Berliner vorne, gefolgt von den Brandenburgerinnen und Brandenburgern, und die wenigsten Petitionen schreiben die Bürgerinnen und Bürger aus dem Saarland und Baden-Württemberg.

2013 fanden 16 Sitzungen des Petitionsausschusses statt. Er tagt immer mittwochs in Sitzungswochen um 08.00 Uhr. In den Sitzungen wurden insgesamt 484 Petitionen einzeln beraten. Daneben fanden drei öffentliche Beratungen des Petitionsausschusses statt, in denen zehn Petitionen beraten wurden, die das Quorum (50.000 Mitzeichnungen innerhalb von vier Wochen ab der Veröffentlichung der Petition) erreicht haben, oder Petitionen, zu denen der Ausschuss aus anderen Gründen eine öffentliche Beratung beschlossen hat.

Seine besonderen Befugnisse hat der Petitionsausschuss wie folgt ausgeübt:

Im Jahr 2013 fanden 18 Berichterstattergespräche mit Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung zu einzelnen Petitionen statt. Die Themen waren unter anderem:

- Visaangelegenheiten,
- Erstattung von Kinderbetreuungskosten bei einer angeordneten Teilnahme an einer Fortbildung für eine Beamtin sowie
- die Auslagerung von Dienstleistungen durch Behörden.

Drei Mal hat der Petitionsausschuss Ortsbesichtigungen durchgeführt und sich in Coswig, Bad Oeynhausen und Hameln sowie in Birkenwerder vor Ort über die Probleme mit dem Lärmschutz ein Bild gemacht.

**Weitere Informationen gibt es auch hier:**



[www.spdfraktion.de/facebook](http://www.spdfraktion.de/facebook)



[www.spdfraktion.de/googleplus](http://www.spdfraktion.de/googleplus)



[www.spdfraktion.de/twitter](http://www.spdfraktion.de/twitter)



[www.spdfraktion.de/youtube](http://www.spdfraktion.de/youtube)



[www.spdfraktion.de/flickr](http://www.spdfraktion.de/flickr)



[www.spdfraktion.de/soundcloud](http://www.spdfraktion.de/soundcloud)